

## WELCHE OPTIONEN HABEN WIR?

Die Pensionskasse des Staatspersonals Freiburg (PKSPF) muss refinanziert werden. Das ist eine **gesetzliche Verpflichtung**. Wie die meisten öffentlichen Pensionskassen steht auch die PKSPF vor dem Problem, dass die Versicherten immer älter werden und Investitionen immer weniger Gewinn abwerfen. Der PKSPF fehlen **1,4 Milliarden Franken**, um das Gleichgewicht zwischen ausgezahlten Renten und Beiträgen wiederherzustellen. Doch wo soll dieses Geld herkommen?

### Vom Staat

Manche sind der Meinung, dass der Staat seine Verantwortung wahrnehmen muss und nicht einfach während des Anstellungsverhältnisses plötzlich die Bedingungen für das Personal ändern kann. Diese Argumentation ist völlig legitim, doch zum einen sind ihr die Gerichte nicht gefolgt und zum andern entscheidet der Staatsrat nicht allein. **Das Volk hat das letzte Wort.**

### Von den Versicherten?

Andere wiederum meinen, dass die gesamte Rekapitalisierung vollständig zulasten des Staatspersonals gehen sollte, und übergehen dabei einfach die **massiven Rentenkürzungen**, die Anhebung des Rentenalters und Qualitätsabstriche bei den öffentlichen Leistungen.

### Von einer ausgewogenen Lösung!

Die Mitgliedorganisationen der FEDE sind für eine ausgewogene Verteilung der Finanzierungslast mit konsequenten Investitionen von Seiten des Staats und grösseren, realistischen Zugeständnissen von Seiten des Staatspersonals, mit denen es sich einverstanden erklären kann. **Bei der von der FEDE ausgehandelten Lösung übernimmt der Staat mehr als die Hälfte (58%) der Rekapitalisierung.**

## WAS DIE FEDE TUT

Der Staatsrat hat einen **ersten Entwurf** erarbeitet. Dieser brachte nicht nur enorme Nachteile für sämtliche Angestellten, sondern war auch in Einzelheiten unangemessen und schuf ein **Ungleichgewicht** zwischen den verschiedenen Personalkategorien.

Die FEDE überzeugte den Staatsrat, grössere Anpassungen vorzunehmen. Daraus entstand ein neuer Entwurf, dessen Verbesserungen alle auf Vorschläge der FEDE zurückgehen und der **deutlich bessere Bedingungen** für den gesamten Service public und insbesondere für die am stärksten betroffenen Kategorien vorsieht.

Die überarbeitete Fassung wurde den Mitgliedverbänden der FEDE und deren Mitgliedern vorgelegt. Beim neuen Entwurf fallen die Rentensenkungen deutlich weniger massiv aus, werden aber auch nicht gänzlich vermieden. Einige Mitglieder haben ihren Ärger darüber ausgedrückt, und wir haben Verständnis dafür. Doch nach einer **eingehenden Risikoanalyse** stellte sich eine grosse Mehrheit der FEDE-Mitglieder hinter den Entwurf. Wir haben uns alle bessere Bedingungen gewünscht, aber in der momentanen Situation konnte kein besseres Verhandlungsergebnis mit dem Staatsrat erzielt werden.

### Der Entwurf wird vom Grossen Rat geprüft.

Dieser kann den Entwurf annehmen, ablehnen oder Änderungen vornehmen. **Sollte der Grossrat den Entwurf zum Nachteil des Staatspersonals abändern, wird die FEDE ihre Position überdenken.**

Über den Text, der nach der Prüfung des Grossen Rates vorliegt, findet eine riskante **kantonale Abstimmung** statt, voraussichtlich im September 2020.

DIE FEDE HAT DIE ABSTIMMUNG BEI ALL IHREN ANALYSEN, RISIKOBEWERTUNGEN UND AKTIVITÄTEN ALS WICHTIGEN FAKTOR MITEINBEZOGEN.

# FEDE

## REKAPITALISIERUNG DER PENSIONS KASSE DES STAATSPERSONALS

## JETZT GILT ES KLUG ZU VERHANDELN



CPPEF  
PKSPF

## KEINE QUERSUBVENTIONIERUNG ZWISCHEN VERSICHERTEN MEHR

Der aktuelle Entwurf stellt nicht nur das Gleichgewicht zwischen den Rentenzahlungen an die Pensionierten und den Beiträgen der aktiven Versicherten wieder her, sondern **sorgt auch dafür, dass alle Versicherten dieselben Leistungen erhalten.**

Momentan ist es so, dass Versicherte, die mit 65 in den Ruhestand gehen, eine tiefere Rente erhalten als Versicherte, die sich mit 60 frühpensionieren lassen – und dies bei gleich hohen Beitragszahlungen. Mit anderen Worten: Diejenigen, **die bis 65 arbeiten müssen, subventionieren diejenigen, die sich eine Frühpensionierung leisten können.**

Dies ist in keiner Weise zu rechtfertigen. Dass bestimmte Versicherte für andere zahlen, geht nicht an. Es ist Sache des Arbeitgebers und der betreffenden Angestellten, Frühpensionierungen zu finanzieren.

**Die FEDE fordert zudem, dass die Rentenkürzungen für alle Versichertengruppen auf maximal 10 % begrenzt werden.**

Association des Responsables d'établissements du canton de Fribourg partie francophone (ARECAFF) **Association des médecins assistants et chefs de cliniques fribourgeoises (ASMAF)** Association des directions des cycles d'orientation (ADCO) **Association des agents des services publics de l'Etat de Fribourg (AASP)** Association fribourgeoise des conseillers en orientation (AFCO) **Association fribourgeoise de l'enseignement professionnel (AFEP)** Association de la gendarmerie fribourgeoise (AGF) **Association des Maîtres du Cycle d'Orientation Fribourgeois Francophone (AMCOFF)** Association des professeurs du conservatoire (APCF) **Fédération des Associations des personnels des Hautes Ecoles fribourgeoises (FAPHEF)** Association du personnel de la police de sûreté (APPS) **Association du personnel administratif et technique de l'université APU / VPU** Section fribourgeoise de l'association suisse des infirmiers et infirmières (ASI) **Fédération des associations fribourgeoises d'enseignants (FAFE)** Société Pédagogique Fribourgeoise Francophone (SPFF) **Freiburger LogopädlInnenverband (FLV)** Groupement des cantonniers des autoroutes et des routes cantonales **Groupement des Cantonniers des routes nationales** Lehrerinnen und Lehrer Deutschfreiburg (LDF) **Association du personnel forestier fribourgeois / Freiburger Forstpersonal (APFF/FFP)** Association fribourgeoise des Contrôleurs des Viandes non Vétérinaires (AFCVNV)

## DIE SZENARIEN DER BEVORSTEHENDEN KAMPAGNE

- ▶ **DIE FEDE MÖCHTE IN ERSTER LINIE VERMEIDEN, DASS DER ZUR ABSTIMMUNG VORGELEGTE TEXT ABGELEHNT,**
- ▶ **UND DIES DANN ALS NIEDERLAGE DES SERVICE PUBLIC AUSGELEGT WIRD.**

Sollte dies geschehen, werden Staatsrat und Grosser Rat dies als Aufforderung betrachten, einen neuen Entwurf mit noch viel gravierenderen finanziellen Konsequenzen für alle Versicherten zu verfassen. Es besteht **die Gefahr, dass das Staatspersonal dann einen grösseren Anteil der Sanierung der PKSPF übernehmen muss.**

Dies ist ein reales Risiko. Nur ein möglichst grosser Konsens zum Zeitpunkt der Kampagnenlancierung kann dem Rekapitalisierungsvorschlag zum Durchbruch verhelfen. Und dieser Konsens ist nur möglich, wenn jede Partei die Konzessionen der anderen anerkennt.

## DIE BEVORSTEHENDEN GEWERKSCHAFTLICHEN AKTIONEN

Die Pensionierungen sind ein wichtiges Thema, jedoch nicht das einzige. Es gilt **diverse andere Forderungen zu vertreten**, denken wir beispielsweise ans Spital, die Schule oder den Status des öffentlichen Dienstes an sich.

Diese Forderungen lassen sich auf unterschiedliche Weise vertreten und es steht allen frei, ihren Aktionsstil zu wählen. Doch Kampf einzig um des Kampfes willen entspricht nicht dem Stil der FEDE, die einer kohärenten Linie folgt. Die FEDE weiss, wie man Kämpfe führt, wenn dies nötig ist (wie als sie als einzige gegen den Abbau des Service public durch Ecalex kämpfte), aber sie ist auch davon überzeugt, dass der Dialog mit ihren Mitgliedverbänden und den Sozialpartnern **und die Suche nach Lösungen die besten Mittel sind, um die Interessen der Versicherten im Alltag sowie langfristig zu wahren.**

## REKAPITALISIERUNG DER PKSPF

ALLE HABEN SICH BESSERE  
BEDINGUNGEN GEWÜNSCHT

DIE VOM PERSONAL VERLANGTEN  
OPFER SIND BEACHTLICH,

DOCH DIE FEDE HAT ERREICHT,  
DASS DER STAAT SICH NOCH  
STÄRKER BETEILIGT

UND KEIN VERSICHERTER  
LEER AUSGEHT

## WIR MÜSSEN IN ERSTER LINIE DIE **VOLKSABSTIMMUNG** **GEWINNEN**

VORAUSGESETZT, DER  
GROSSE RAT KORRIGIERT DEN  
VORSCHLAG DES STAATSRAT  
NICHT NACH UNTEN

**FEDE**